

Philipp Heck: Gesetzesauslegung und Interessenjurisprudenz (1914)

Archiv für die civilistische Praxis (AcP) 112 (1914), S. 89 f., 173 f.

»Die richterliche Fallentscheidung wird von der herrschenden Lehre mit Vorliebe als Syllogismus bezeichnet, als technischer Subsumtionsschluß. Der Richter verwendet einen Obersatz (Rechtsnorm), der in Verbindung mit dem Untersatz (Sachverhalt) einen Schlußsatz (das Urteilsgebot) ergibt. Dieser Obersatz muß ein hypothetisches Gebot sein, dessen Tatbestand allgemeiner ist, als der Sachverhalt und dessen Tenor allgemeiner ist als das Urteilsgebot. ... | ... Der Obersatz kann nun bereits in der gebrauchten Form vorhanden sein als Gesetzesgebot oder als Gewohnheitsnorm. Dann beschränkt sich die Tätigkeit der Richter auf die Subsumtion, die Erkenntnis, daß die Merkmale des hypothetischen Tatbestandes in dem prozessualen Sachverhalt vorhanden sind. In den meisten Fällen ist aber der Obersatz noch nicht vorhanden oder doch nicht in der gebrauchten Bestimmtheit. Dann hat der Richter den erforderlichen Obersatz zu bilden.«

»... Die Fülle des Lebens, und, zumal bei einer Kodifikation, das Ineinandergreifen der geplanten Rechtsnormen lassen sich nicht übersehen. Daneben stehen aber die großen Schwierigkeiten der begrifflichen Redaktion. Namentlich ist hervorzuheben, daß die Mehrdeutigkeit der verwendbaren Worte notwendig eine Unbestimmtheit der Gesetzesgebote zur Folge hat. Mit verschwindender Ausnahme ist jedes Wort mehrdeutig. Ein sicherer Bedeutungskern ist von einem allmählich verschwindenden Bedeutungshof umgeben. Diese Unbestimmtheit verhindert schon für den Gesetzgeber die Bildung von Gebotsvorstellungen, welche für alle Anwendungsfälle bestimmte Ergebnisse liefern, und macht es eventuell dem Richter unmöglich, solche Vorstellungen, wenn sie vorhanden waren, zu erkennen²⁶⁵«

265 Es handelt sich dabei nicht nur um die Blankettworte "wichtiger Grund usw.", bei denen eine richterliche Ergänzung von vornherein ins Auge genommen ist, sondern auch um Ausdrücke, bei denen die Bestimmtheit erwünscht wäre aber nicht erreicht wird, also um Lücken i. e. S. Vgl. z. B. § 94 Abs. 2 [BGB]: "Zu den wesentlichen Bestandteilen eines Gebäudes gehören die zur Herstellung des Gebäudes eingefügten Sachen". Die Praxis hat gezeigt, wie unbestimmt die gebrauchten Worte sind.